

# Schluß der Etats-Debatte.

137. Reichstags-Sitzung vom 1. März. (Fortsetzung.)

Aus der Rede des Grafen Posadowski, des Vertreters der Deutschen Fraktion, seien einige Stellen über unsere Schuldenlast und Schuldentilgung.

nachgetragen.

Als während meiner Amtsführung die Schulden des Deutschen Reiches auf 1 1/2 Milliarden Mark gestiegen waren, da kam unter Führung des ausgezeichneten Zentrumsgenossen Dr. Lieber ein Gesetzentwurf zustande, der die Tilgung der Schulden durch neue Steuern bewirken wollte. Ich schied aus dem Amte, Dr. Lieber starb und von dem Gesetz war nicht mehr die Rede. Inzwischen ist unsere Schuldenlast auf nahezu 12 1/2 Milliarden gestiegen. Der Reichspensionsfonds wird gewaltig anwachsen, weil die vielen Heeresangehörigen, die durch den Krieg in ihrer Gesundheit geschädigt sind, um ihren Abschied einkommen werden. Das Gleiche wird auch bei vielen Zivilbeamten der Fall sein, die während des Krieges in einer übermäßigen und daher noch nicht genügend anerkannten Weise für die Staatsgeschäfte in Anspruch genommen worden sind. Dann haben wir die Eisenbahn, die unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse schon ziemlich heruntergekommen ist und eines sehr eingehenden Aufbaues bedarf. Wir müssen Heer und Marine in ihrem Material wieder erneuern. Wir müssen die unbedingt notwendigen Bauten, die nun seit Jahren geruht haben, wieder aufnehmen. Wir werden, wenn auch nicht sofort nach Friedensschluß, auch an eine neue Regulierung sämtlicher Beamtengehälter herantreten müssen, sobald die Kriegspreise sich dem inneren Wert des Gegenstandes wieder mehr angepaßt haben. Bis zum Sinken der Preise wird aber eine erhebliche Zeit vergehen, weil die hohen Preise erst aufhören werden, wenn die Einfuhr wieder normal wird. Das wird aber nicht so schnell gehen, weil zunächst unsere jetzigen Feinde natürlich ihr Schiffsmaterial für ihren eigenen Bedarf verwenden werden. Aus demselben Grunde werden sich auch die für die Reichsfinanzen so wesentlichen Einnahmen nur sehr allmählich wieder heben.

Als dieser Gegenüberstellung der voranschreitenden Ausgaben und Einnahmen kann man sich jetzt schon einen Begriff machen von dem, was der deutsche Steuerzahler zu leisten haben wird, nur für die Ausgaben des außerordentlichen Etats. Endlich fällt noch ins Gewicht die Notwendigkeit einer wirklich gründlichen und systematischen Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der runderwerbenden Klassen, die große Ausgaben erfordern wird, wenn es nicht nur eine Scheinmaßnahme sein soll. (Sehr richtig.) Auch viele wichtige sozialpolitische Forderungen werden noch an uns herantreten, die nach dem Kriege unbedingt notwendig sind, im Interesse der Kreise, die besonders gelitten haben.

Ist es richtig, in einer solchen Zeit die Tilgung der Reichsanleihen dadurch zu beschleunigen, daß man den bestehenden Klassen, die mit ihren Vermögen doch das wirtschaftliche Leben aufrecht erhalten sollen, einen Teil ihres Vermögens in überleiteter Weise entzieht? Die Landwirtschaft hat zwar jetzt sehr große Einnahmen, aber sie kämpft auch mit unendlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie leidet darunter mehr, als der Acker ahnt. (Sehr wahr rechts.) Die Landwirtschaft wird also ihrer ganzen Leistung bedürftig, um nach dieser schweren Prüfungszeit wieder den alten Kulturzustand zu erreichen. Die Industrie hat ebenfalls, soweit sie Kriegslieferungen hatte, ganz ungeheure Gewinne erzielt, sie hat aber auch zurzeit ihre Maschinen verbraucht, und ihre ganzen Fabrikanlagen bedürfen eines Neuaufbaues. Jeder Gottes sind durch die lange Kriegsdauer viele Handwerker geradezu niedergebrosen. (Sehr richtig.) Der Handwerkerstand macht eine besonders schwere Prüfungszeit durch. Auch er wird also nicht mit solchen Steuerforderungen in Anspruch genommen werden können. Eine Finanzverwaltung, die mit solchen Plänen vorgehen wollte, würde den beabsichtigten Zweck nicht erreichen. (Sehr richtig.)

Ist denn aber eine solche schleunige Tilgung notwendig? Bis vor wenigen Jahren haben noch deutsche Städte an der Kriegsschuld abtragen müssen, die ihnen durch die napoleonischen Kriege auferlegt worden war. Ich selbst habe Ende der 80er Jahre auf einem ererbten Gut noch an solchen durch Kontribution entstandenen Schulden abzahlen müssen. Wir alle hoffen, daß es in absehbarer Zeit nicht wieder zu solchem Kriege kommt, daß wir vielmehr Staatsmänner finden werden, die das Staatsbüßel so zu lenken verstehen, daß wir in solche Ereignisse nicht wieder hineinkommen. Aber wenn wir das hoffen, dann haben wir gar nicht nötig, Lasten, die wir in einem solchen Kriege uns haben auferlegen müssen, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu tilgen, dafür können wir dem deutschen Volke, das durch den Krieg wirtschaftlich so schwer getroffen ist, Jahrzehnte Zeit lassen, einermäßen zu Atem zu kommen. (Sehr richtig.)

Man verweist auf die Kriegsgewinnler. Gewiß sind jetzt mit einer Schnelligkeit, die vom wirtschaftlichen und sittlichen Standpunkt zu beklagen ist, große Vermögen erworben worden. Man hat Preise bewilligt, über die die Empfänger selbst erstaunt waren. (Sehr richtig.) Gewiß war es für sie eine angenehme Ueberraschung, aber man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß vielfach Personen schwerwiegende Verträge abgeschlossen haben, die der Sache nicht gewachsen waren. (Allseitige Zustimmung.) Auch mit den Kriegsgewinnlern wird der Prozentsatz der höheren Steuerzinsen nach wie vor gering sein, und auch bei der schärfsten Erfassung von Vermögen und Einkommen werden nicht die Mittel aufgebracht werden können, die wir jetzt brauchen. (Sehr richtig.) Deshalb werden wir zu Monopolen greifen müssen. Ich bin kein Freund von Staatsmonopolen, Schalepierre aber sagt einmal, daß die Not wunderliche Bettgenossen zusammenbringt, und selbst Gegner der Monopole müssen sich darüber klar sein, daß wir ohne Monopole und ohne indirekte Steuern die Lasten nicht werden tragen können.

Es wäre gut, wenn sich der Reichshofsekretär mit den Finanzministern der Einzelstaaten darüber einmal beraten würde, wie die Steuerbelastung in den Einzelstaaten technisch zu verbessern ist. (Sehr richtig.) Man steht da manchmal vor einem Rätsel. Man sieht Personen, die ein wohlhabendes Leben führen und große Luxusausgaben machen, aber ihre Steuern auf Grund von Steuerstufen entrichten, daß man einfach starr ist. (Sehr richtig.) Ja, es gibt jetzt Personen, die es sich zum Gewerbe gemacht haben, Steuererklärungen aufzustellen und Steuerbescheide zu bearbeiten. (Gibt, hört!) Das sind sehr gewandte Leute, und ihnen gegenüber muß eine wesentliche Verbesserung der technischen Veranlagung der Staatssteuer erreicht werden. (Sehr richtig.)

Nun ist der Vorschlag gemacht worden, die direkten Steuern auch für das Reich in Anspruch zu nehmen. Ich würde das für einen Fehler halten. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Die Einzelstaaten haben im wesentlichen Kulturaufgaben zu erfüllen, die uns kulturell vor Frankreich und selbst vor England einen Vorsprung gegeben haben. Diese Kultur- und Wohlfahrtsaufgaben können aber zweckmäßig nur von den Einzelstaaten erfüllt werden. Wenn wir ihnen die direkten Steuern entziehen, dann machen wir sie unfähig, das hohe Kulturniveau aufrecht zu erhalten, das sie glücklicherweise in Deutschland erreicht haben. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.)

Ich habe es nicht für richtig gehalten, daß man die großen Gewinne, die mittelbar oder unmittelbar aus Kriegsgeschäften erzielt worden sind, steuerrechtlich ebenso behandelt hat, wie die Vermögensvermehrung aus anderen Quellen. Haben wir doch in Deutschland eine große Mittelschicht, die durch beständige Sparlichkeit, durch ein beschriebenes zurückgezogenes Leben ihr Lebensziel darin sieht, allmählich ein Vermögen anzusammeln, damit auch Kinder und Nachkommen in ihrer bisherigen sozialen Stellung leben können. Daß man die Vermögen dieser Personen nach dem gleichen Maßstab versteuert, wie die phantastischen Kriegsgewinne, halte ich für falsch. (Vehemente Zustimmung.) Man hat eine solche Trennung steuerrechtlich für unmöglich erklärt. Ich kann dem nicht zustimmen. In einer Zeit, in der man durch eine Warenmehrfachung jedes einzelne Geschäft unter die Lupe nimmt,

muß es auch möglich sein, zu unterscheiden, woher eine Vermögensvermehrung stammt. Man zeigt ja mit Fingern auf die Leute, die die großen Gewinne gemacht haben. Die Steuerbehörden sollen sich nur richtig umsehen.

## Der russische Handelsvertrag.

Nun zu Rußland. Ich muß da einer Fabel entgegenreten, nämlich der Behauptung, wir hätten im russisch-japanischen Kriege Rußlands Notlage ausgenutzt, um von Rußland einen Handelsvertrag zu erpressen, der die russische Wirtschaft schwer geschädigt hat. Das ist unbedingt falsch. Der russische Unterhändler Witte war ein viel zu kluger Mann, als daß er sich bei einem solchen Vertrage über das Ohr hätte hauen lassen. Aber ganz abgesehen davon ist diese Behauptung weiter nichts als eine panlawistische Mache, bestimmt, in Rußland Erregung gegen Deutschland hervorzurufen. Wir sind Rußland gegenüber in der allseitigen Lage des Siegers. Forderungen und Zugeständnisse in einem Friedensvertrage stehen stets im Gleichgewicht mit den militärischen Erfolgen, und zwar so genau, wie die Flüssigkeiten in zwei kommunizierenden Röhren. Das Letzte ist ein physikalisches Gesetz, und das Erste ist ein kriegsgeschichtlicher Grundtat, der in allen Zeiten gegolten hat, und der besagt, daß man in einem Frieden nur soviel Zugeständnisse erhalten kann, wie man Erfolg mit den Waffen errungen hat. (Sehr richtig rechts.) Keine Rede kann das aus der Welt schaffen. Deshalb haben wir es jetzt Rußland gegenüber in der Hand, die Rechte der deutschen Gläubiger zu vertreten, und ich möchte an die Regierung die dringende Aufforderung richten, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Rechte der deutschen Gläubiger in jeder Weise gewahrt werden.

Das wichtigste Amt nach dem Kanzler und seinem Stellvertreter hat jetzt der Reichshofsekretär, denn seine Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß unser wirtschaftlich schwergeprüftes Land durch eine weise Finanzpolitik wieder aufgerichtet wird. In manchen Stellen hat man jetzt den Eindruck, daß die Bezirke der Summen einigermaßen sich verschoben haben, eine stille heimtückische Folge der geduldeten Notpresse. Das muß aufhören. Wir müssen mit äußerster Sparlichkeit vorgehen, denn es kommt die Stunde der Abrechnung, wo bei den Steuerzahlern Heulen und Klagen klappen sein wird. (Sehr richtig.) Für einen Mann, der öffentliche Gelder verwaltet, gibt es keine Summe, die klein genug wäre, um nicht paratam damit umzugehen. (Vehemente Zustimmung.) Das muß der Leiter des Reichshofsekretariats sein, und man darf wohl auch darauf verweisen, daß absolute Regierungen unendlich sparsamer gewirtschaftet haben als durch das Parlament kontrollierte Regierungen. (Sehr richtig rechts.) Daran sollte der Reichstag, der an den gegenwärtigen Finanzverhältnissen nicht ganz unschuldig ist, stets denken und im Haushaltsauschuß sich jede Position auf ihre Notwendigkeit hin genau ansehen. Das deutsche Volk hat sich durch Einfachheit und Sparlichkeit immer wieder emporgearbeitet. Diesen Weg müssen wir auch diesmal gehen, denn werden unsere Wunden heilen, und wir werden wieder die alte Stellung in der Welt erringen. (Beifall.)

## Schatzsekretär Graf Roedern:

Die letzten Worte des Vorredners kann ich nur unterschreiben. Bei jeder Ausgabe werden wir uns immer zu fragen haben: wie belastet sie den Steuerzahler? Nur allzu häufig hat man die täglichen Kriegsausgaben zum Vergleich herangezogen und hat gesagt: das ist ja nur ein halber oder ein Vierteltag Kriegsausgaben. So dürfen wir nicht rechnen. (Zustimmung.) Für die Steuerveranlagung in den Einzelstaaten besteht ein hartes Interesse des Reiches, da die Einzelstaaten ja die Poststeuer, die Wehrsteuer und die Kriegsteuer veranlagt haben. Daß bei der Konstruktion der Veranlagungsbehörden manche Divergenzen vorhanden sind, ist zweifellos. Es besteht aber das Bestreben, die Steuerveranlagungen von den kommunalen Organen, den Landräten usw. abzutrennen. Ich habe mir aus sämtlichen Bundesstaaten und sämtlichen preussischen Regierungsbezirken die Resultate der Veranlagung zur Kriegsteuer vorlegen lassen. Gewiß sind da Differenzen vorhanden, daß aber diese neuen Veranlagungen mit weniger als der Hälfte des Friedenspersonalis geleistet werden konnten, dafür möchte ich auch an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Der Vorredner hat dann Wege gewiesen, wie man die Kriegsgewinnler etwas schärfer angreifen könnte. Ihr Auschuß hat sich ja im vorigen Jahre schon sehr eingehend mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, und sie wird zweifellos auch als eine der ernstesten bei dem weiteren Ausbau der Kriegsteuer zu prüfen sein. Ob die Lösung aber gelingt, darüber möchte ich doch ein großes Fragezeichen machen. Die Frage ist nicht so einfach zu lösen, wie der Vorredner gemeint hat. Eine Menge von indirekten Gewinnen, die der Aktionär usw. macht, sind sehr schwer zu verfolgen.

Abg. Bogherr (U. Soz.): Bei dem ukrainischen „Brotfrieden“ streiten sich bereits Deutschland und Oesterreich um den Raub. Die Interventionen, die wir jetzt im wehrlosen Rußland führen, dienen nur den bestehenden Klassen der unstrittenen Gebiete.

Wir sind heute mit Haub und Saaten an die Militärlasten verbannt. Wir treiben eine verruchte Kriegspolitik. (Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.) Die hohen Löhne in der Rüstungsindustrie sind Korruptionslöhne, um die Arbeiter im Interesse der Kriegführung bei guter Laune zu erhalten. Der Redner behauptet dann, daß in Swinemünde ein Admiral und ein Kapitänleutnant, die die Schiffe auf Konterbande zu unterjuden haben, sich Lebensmittel aneignen, die auf den Schiffen für den Marineeffektus beschlagnahmt werden. Der Fall Dittmann sollte dem Reichstag zu denken geben. Ein wild gewordener General kann durch Verhaftung misliebiger Volksvertreter den Reichstag bezimern. (Vizepräsident Pasche ruft den Redner zum zweitemal zur Ordnung.)

Generalmajor v. Briseberg: Es ist Pflicht der militärischen Behörden und auch des Oberkommandos in den Marken, in schwierigen Verhältnissen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Lachen bei den U-Soz.) Der bei der Durchführung der Maßnahmen entstandene Schaden fällt auf die Drahtzieher zurück. Von Seiten ist keine Rede. Die kommandierenden Generale befolgen die allgemeinen Richtlinien, ohne Unterschiede zwischen den Parteien zu machen. (Lachen bei den U-Soz.) Die Generale werden sich von der Erfüllung ihrer Pflicht auch durch Beleidigungen nicht abhalten lassen.

General Scheuch: Der Abg. Bogherr hat außerordentlich verdienstvolle Frauenorganisationen angegriffen. Durch seine Kritik werden sie sich hoffentlich nicht beeinflussen lassen, in ihrer bisherigen Tätigkeit fortzuführen. Namens der Heeresleitung möchte ich unseren Dank für die außerordentliche Fürsorge aussprechen, die sie gegenüber den Bedürfnissen der arbeitenden Frauen ausgedehnt haben. (Beifall rechts.) Durch Eintritt in die militärischen Betriebe haben sie eine vorbildliche Tätigkeit geleistet. (Zurufe bei den U-Soz.: Spießdienste!) Der Vorredner hat dann die falsche Behauptung wiederholt, in den militärischen Betrieben fliehe der Unterschied zwischen Lohn und Löhnung in die Tasche des Arbeitgebers. Ich habe bereits früher erklärt, daß ich eine Regelung angeordnet habe, die allen gerechten Ansprüchen vollständig entspricht. Schließlich hat der Abg. Bogherr behauptet, der letzte Streik habe den Heereslieferungen nichts geschadet. Auch das ist falsch. Jede Arbeitseinstellung beeinträchtigt den Heeresbedarf, vermindert die Geschütz- und Munitionszufuhr für die Front und die Herstellung der zum Heeresbedarf notwendigen Zwischenprodukte. Jeder Streik schadet, darüber besteht kein Zweifel. Der Vergleich mit den Stilllegungen aus Rohlenmangel hinkt. Bei Rohlenmangel werden die Betriebe herausgeholt, die den notwendigen Bedarf herstellen, der Streik aber ist eine planlose Unterbrechung. Solange draußen noch eine Hand das Gewehr in der Hand hat, darf in der Heimat keine Hand festwürgen ruhen. (Beifall.)

Kapitän v. S. Brünninghaus: Trozdem der Vorredner das Swinemünder Material dem Reichsmarineamt zur Prüfung überliefert hat, ist er auf die Sache selbst eingegangen und hat schwere Vorwürfe gegen verdiente Offiziere erhoben. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen. Das Reichsmarineamt hat das ziemlich umfangreiche Opus, das obendrein anonym eingeschickt ist, beim besten Willen noch nicht durcharbeiten können. Die Sache ist dem zuständigen Vorgesetzten übergeben, und es ist eine eingehende Untersuchung angeordnet worden. Wenn an der Sache etwas ist, wird unnahezu sogleich eingeschritten werden.

## Eine neue Polendebatte.

Abg. v. Trampejinski (Pole): Die Befreiung der Polen ist keine beabsichtigte, sondern eine zufällige Folge der Niederwerfung des russischen Reiches. Deutschland hat genug Feinde, es kann nicht vertragen, noch ein weiteres Volk von 20 Millionen an seinem Feinde zu haben.

Unterstaatssekretär Dewald: Wir haben in Polen eine ungeheure Kulturarbeit geleistet, die selbst maximalistische polnische Forderungen zufriedensstellen müßte. Polnische Gerichte sprechen Recht, die Selbstverwaltung nach deutschem Muster ist in den Kreisen und Städten eingeführt. Polnische Schulen sind eingerichtet, ebenso eine polnische Hochschule. Auf dem Steuergebiet könnte das Land ohne Deutsche nicht auskommen, da kein vorgebildetes Personal vorhanden ist. Man darf auch nicht vergessen, daß wir in einem eroberten Lande sind, das unter Militärverwaltung steht und dessen Bevölkerung keineswegs überall freundlich gegenübersteht. Nach genauen Feststellungen ist die Zahl der noch in deutschen Konzentrationslagern befindlichen Polen sehr gering. Selbstverständlich werden wir nicht Elemente freilassen, die dort nur Unruhe stiften würden. Wenn man die unterirdische Presse in Polen liest, wird man nicht zweifeln, daß dort eine Menge Anhänger und Verfechter der Lehre der russischen Bolschewisten vorhanden sind. Für die Abholzung polnischer Wälder wird Entschädigung geleistet.

Abg. Fehrenbach (Str.) beklagte aufrichtig die Haltung der Polen, die befürchten lassen, daß sie in der Zukunft wie in der Vergangenheit durch ihren Mangel an realpolitischem Sinn sich selber schweren Schaden zufügen werden. Auch die Schläfer hatten mancherlei Beschwerden. Trozdem haben sie Mann für Mann für den Friedensvertrag mit der Ukraine gestimmt. Diefelbe Haltung konnten wir von den deutschen Reichsangehörigen polnischer Sprache erwarten.

Neue Ausführungen des Abg. Bogherr (U. Soz.) riefen nachmalige Erwiderungen des Kapitäns Brünninghaus und des Generals Scheuch hervor.

## Vertagung bis 12. März.

Das Haus vertagt sich, nachdem auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Volksp.) die Vorlage über die Veränderung der Reichstagswahlkreise von der Tagesordnung abgelehnt worden ist.

Nächste Sitzung: Dienstag, 12. März, 2 Uhr: Gesetz zur Abänderung der Reichstagswahlkreise, Gesetz zur Abänderung der Postgesetzordnung, zweite Lesung des Haushaltsplans, Mittelstands-Interpellation des Zentrums.

Schluß 6 1/2 Uhr.